

## FALLBESCHREIBUNG \_\_\_\_\_

### **Europas Verantwortung für Kriegsverbrechen im Jemen: Welche Rolle spielen RWM Italia und die italienischen Behörden?**

#### **Der tödliche Bombenangriff vom 8. Oktober 2016**

Es war drei Uhr nachts, als am 8. Oktober 2016 eine Bombe – offenbar des von Saudi-Arabien angeführten Militärbündnisses – im Dorf Deir Al-Ḥajārī im Regierungsbezirk Al Ḥudaydah im Nordwesten des Jemen einschlug. Der Luftangriff tötete eine sechsköpfige Familie, unter den Opfern waren die schwangere Mutter und vier Kinder. Solche Bombardements sind seit Jahren grausamer Alltag vieler Zivilist\*innen im Jemen. Wie so oft galt der Angriff, der die Dorfbewohner\*innen mitten in der Nacht traf, offenbar keinem militärischen Ziel. Der tödliche Luftangriff von Deir Al-Ḥajārī ist umfassend dokumentiert, denn schon tags darauf war eine Mitarbeiterin von Mwatana Organization for Human Rights ([Mwatana](#)), der jemenitischen Partnerorganisation des European Center for Constitutional and Human Rights ([ECCHR](#)), in dem Dorf und besichtigte den Tatort.

In der Nähe des Tatorts fanden sich Bombenteile, die darauf schließen lassen, dass es sich um eine Lenkbombe aus der Typreihe MK-80 handelte. In den Trümmern des Hauses der getöteten Familien wurde auch eine Aufhängeöse entdeckt, die zur Befestigung solcher Bomben an Flugzeugen dient. Die Seriennummer auf dieser Öse verweist auf den Hersteller: [RWM Italia S.p.A.](#), ein Tochterunternehmen der deutschen [Rheinmetall AG](#). Nichts hingegen deutet darauf hin, dass der Tod der sechs Zivilist\*innen ein „Kollateralschaden“ gewesen sein könnte – zum einen wurde die Familie von einer Lenkbombe getroffen, zum anderen war der nach Aussagen von Zeug\*innen in 300 Meter entfernt liegende militärische Kontrollpunkt weder vor dem Vorfall noch bis heute jemals Ziel eines Angriffs. Solche Luftangriffe sind im Jemen-Krieg alles andere als Einzelfälle. Die absichtliche und gezielte Bombardierung der Zivilbevölkerung oder einzelner unbeteiligter Zivilist\*innen sind Kriegsverbrechen.

Die unmittelbaren Täter\*innen dieses Verbrechens im Jemen – Politiker\*innen und Militärangehörige des von Saudi-Arabien angeführten Militärbündnisses – werden vermutlich nie strafrechtlich verfolgt werden. Doch ihre Lieferanten, italienische Unternehmen und Behörden, könnten sehr wohl vor Gericht gebracht werden.

## **Die juristische Intervention gegen RWM Italia und die italienische Waffenexportgenehmigungsbehörde**

Im April 2018 erstattete das ECCHR gemeinsam mit Mwatana und seinen italienischen Partnerorganisationen Osservatorio Permanente sulle Armi Leggere e le Politiche di Sicurezza e Difesa ([O.P.A.L.](#)) und [Rete Italiana per Il Disarmo](#) bei der Staatsanwaltschaft in Rom eine Strafanzeige gegen Geschäftsführer\*innen von RWM Italia – ein Tochterunternehmen der deutschen Rheinmetall AG – sowie ranghohe Beamte\*innen der italienischen Behörde für Waffenexporte ([UAMA](#)).

**Der Vorwurf:** Die RWM-Manager\*innen und UAMA-Beamte\*innen seien dafür verantwortlich, dass die Waffen oder jedenfalls ein Waffenteil, die bei dem Luftangriff auf Deir Al-Ḥajārī zum Einsatz kamen, an Saudi-Arabien oder andere Mitgliedstaaten des Militärbündnisses geliefert wurden.

Trotz zahlreicher Warnungen, dass die Kriegsführung des von Saudi-Arabien angeführten Militärbündnisses zum Tod zahlloser Zivilist\*innen führt und immer wieder gegen das humanitäre Völkerrecht verstößt, liefern Firmen wie RWM Italia weiterhin Bomben und andere Waffen(teile) in die Koalitionsstaaten. Im Fall Italiens erteilt die für Waffensexporte zuständige Behörde, UAMA, die dafür nötigen Ausfuhrgenehmigungen.

Deshalb fordern das ECCHR und seine Partnerorganisationen Mwatana, O.P.A.L. und Rete Disarmo die italienischen Staatsanwaltschaft auf, unter anderem die strafrechtliche Verantwortlichkeit von RWM-Manager\*innen und UAMA-Beamte\*innen in Gestalt von Mittäterschaft durch grobe Fahrlässigkeit an Tod und Körperverletzung nach Artikel 589 und 590 in Verbindung mit Artikel 61(3) des italienischen Strafgesetzbuches zu prüfen. Abhängig von den Ergebnissen dieser staatsanwaltschaftlichen Prüfung könnten den Beschuldigten auch Mittäterschaft an Mord und Körperverletzung nach Artikeln 110, 575 und 582 des italienischen Strafgesetzbuches zur Last gelegt werden. Darüber hinaus wird in der Strafanzeige gefordert, den mutmaßlichen Amtsmissbrauch von UAMA-Beamte\*innen gemäß Artikel 323 (2) des italienischen Strafgesetzbuches zu untersuchen.

Vorbehaltlich der Ermittlungsergebnisse veranschaulicht dieser Fall, wie europäische Unternehmen und Regierungsbehörden (a) bewaffnete Konflikte befeuern können, (b) Dritte unmittelbar zu Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht in die Lage versetzen können und (c) zu schweren Menschenrechtsverletzungen beitragen können. Das ECCHR, Mwatana, O.P.A.L. und Rete Disarmo fordern, dass die italienische Staatsanwaltschaft Ermittlungen einleitet, um die RWM-Manager\*innen und UAMA-Beamte\*innen für ihr Handeln zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Regierungen in Europa legen das internationale Waffenhandelsabkommen (Arms Trade Treaty, ATT), den Gemeinsamen Standpunkt der EU (Common Position) 2008/944 / GASP zu Waffenexporten sowie das jeweilige nationale Recht sehr weit aus. Die Folge: Stetig neue Waffenlieferungen aus Europa, die den Konflikt im Jemen anheizen. Darüber hinaus werden Waffenexportfirmen gegenwärtig nicht für die Folgen ihrer Geschäfte verantwortlich gemacht, schon gar nicht, wenn diese genehmigt wurden.

Ziel des ECCHR, Mwatana, O.P.A.L. und Rete Disarmo ist es, die Verantwortung aller Beteiligten für die Folgen der Waffenexporte an Saudi-Arabien und seine militärischen Partner – ein Bündnis, das regelmäßig das humanitäre Völkerrecht missachtet, wenn nicht gar Kriegsverbrechen verübt – rechtlich aufzuarbeiten und der Straflosigkeit ein Ende zu setzen.

## **Die Bombenkampagne des von Saudi- Arabien angeführten Militärbündnisses**

Im Jemen wütet seit 2015 ein Krieg, bei dem bereits zehntausende Zivilist\*innen ums Leben gekommen sind und dessen Folgen die Vereinten Nationen als die größte humanitäre Krise weltweit bezeichnen. Menschenrechtsverletzungen wurden und werden von allen Konfliktparteien begangen. Hauptursache für die Opfer unter der Zivilbevölkerung aber sind die zehntausenden Luftangriffe des von Saudi-Arabien angeführten Militärbündnisses, das im März 2015 in den Konflikt im Jemen eingriff. Dem Bündnis gehören neben Saudi-Arabien auch Bahrain, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate, Ägypten, Jordanien, Marokko und der Sudan an.

Auslöser des Kriegs im Jemen war eine politische Machtverschiebung im Zuge der pro-demokratischen Proteste in der arabischen Welt im Jahr 2011. Der damalige Präsident Ali Abdullah Saleh musste infolge der Proteste zurücktreten und wurde im Februar 2012 für eine zweijährige Übergangszeit durch Abed Rabbo Mansur Hadi ersetzt. Innerhalb dieser zwei Jahre sollte eine „Nationale Dialogkonferenz“ unter anderem den Übergang zur Demokratie umsetzen, die umfassende Entwaffnung aller Konfliktparteien sicherstellen, alle politischen Gefangenen freilassen, den Jemen föderal gestalten und eine neue Verfassung schaffen.

Die Umsetzung dieses Plans scheiterte jedoch und am 21. September 2014 eroberte die Gruppe Ansar Allah (der Bevölkerungsgruppe der Huthi) Jemens Hauptstadt Sanaa. Präsident Hadi floh zunächst nach Aden und am 25. März 2015 schließlich in die saudische Hauptstadt Riad. Tags darauf griff das von Saudi-Arabien angeführte Militärbündnis in den bewaffneten Konflikt im Jemen ein, mit dem erklärten Ziel, Hadi wieder einzusetzen.

Die militärische Intervention – von Saudi-Arabien zunächst „Sturm der Entschlossenheit“ (Operation Decisive Storm) und später „Wiederherstellung der Hoffnung“ (Operation Restoring Hope) genannt – ist im weiten Teilen eine Kampagne von Bombenangriffen auf

Regionen, die von Huthi-Einheiten und Anhängern des ehemaligen Präsidenten Saleh kontrolliert werden.

Seit Beginn dieses Bombenkriegs dokumentieren Nichtregierungsorganisationen und berichten Medien willkürliche Angriffe auf zivile Ziele wie Marktplätze, Schulen und Wohnhäuser, die zahllose zivile Opfer zur Folge hatten und weiterhin haben.

Das Europäische Parlament erklärte bereits im Juli 2015, dass bei Luftangriffen des von Saudi-Arabien geführten Militärbündnisses unter Verletzung des internationalen humanitären Völkerrechts Zivilist\*innen getötet werden, was Kriegsverbrechen gleichkäme. Das Europäische Parlament verurteilte vor allem die vielen zivilen Todesopfer in Folge der Luftangriffe und die Seeblockade des Militärbündnisses. Seitdem hat das Europäische Parlament aufgrund der Völkerrechtsverstöße Saudi-Arabiens im Jemen in mehreren Resolutionen der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, ein Verbot der Waffenlieferungen an Saudi-Arabien gefordert.

## **Die Rolle Europas bei Waffenexporten an die führende Konfliktpartei im Jemen**

Trotz aller Belege und Hinweise auf Völkerstraftaten und Kriegsverbrechen und trotz der Forderungen nach einem Ende der Waffenexporte haben etliche europäische Staaten – darunter Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Spanien und Italien – sowie RWM Italia die Lieferungen von Waffen, Munition und logistischer Ausstattung nicht eingestellt. Die Geschäfte und Handelsbeziehungen rund um den Konflikt im Jemen sind so zum Paradebeispiel dafür geworden, wie trotz humanitärer Katastrophe und entgegen dem internationalem Waffenhandelsabkommen ATT, EU-Richtlinien und nationalen Gesetzen, Waffen in kriegsführende Länder exportiert werden (können) – ungeachtet dessen, ob diese Waffen einen Konflikt anheizen und für Kriegsverbrechen eingesetzt werden. Europäische Unternehmen und indirekt auch europäische Regierungen profitieren von den Waffenexporten an das von Saudi-Arabien angeführte Militärbündnis.

Italien spielt bei den europäischen Waffenexporten eine wichtige Rolle:

- Seit Mai 2015 wurden in den Trümmern der Ziele verschiedener Luftangriffe des von Saudi-Arabien angeführten Militärbündnisses immer wieder Teile von in Italien hergestellten Bomben gefunden.
- Ungeachtet gut dokumentierter Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht hat Italien nicht nur Waffenlieferungen in Millionenhöhe an Saudi-Arabien genehmigt, die Exporte sind auch gestiegen.
- Diese Praxis verstößt gegen das italienische Gesetz 185/1990, das Waffenexporte „in Länder, die an bewaffneten Konflikte beteiligt sind“, ausdrücklich verbietet und auch gegen die Verpflichtungen Italiens im Rahmen des Gemeinsamen Standpunkts der EU und des internationalen Waffenhandelsabkommens.
- Ein Großteil der italienischen Waffenexporte nach Saudi-Arabien sind die Bomben der RWM Italia, einer Tochtergesellschaft des deutschen Waffenherstellers Rheinmetall.
- In dem RWM-Werk in Domusnovas auf Sardinien werden unter anderem Bomben der Typenreihe MK80 produziert. Abgeworfen werden diese Bomben mit Kampfflugzeugen aus der Produktion westlicher Rüstungsunternehmen. Die

Luftwaffe Saudi-Arabiens sowie viele ihrer Bündnispartner nutzen Kampfflugzeuge europäischer und US-amerikanischer Herkunft.

- Darüber hinaus hat Italien seit Beginn des Kriegs im Jemen zahlreiche Bomben unter anderem der Typen MK82, MK83 und MK84 ebenso wie Teile für Lenkbomben nach Saudi-Arabien geliefert. Einige davon wurden auf dem Luftweg geliefert, was auf eine gewisse Dringlichkeit seitens des Empfängers deutet. Dies deckt sich mit der Tatsache, dass die Luftwaffe Saudi-Arabiens eine der aktivsten Luftstreitkräfte im Luftraum über dem Jemen ist.

---

**Stand: April 2018**

European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) e.V.

[www.ecchr.eu](http://www.ecchr.eu)